**Ansprache während der Gedenkveranstaltung in Neustadt am Rübenberge am 8.11.2026 anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht**

Hubert Brieden

Seit Jahren ist hier während der Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht das Transparent mit der Aufschrift „Gegen jeden Antisemitismus“ zu sehen. Und es scheint zur Zeit aktueller zu sein denn je. Gemeint war und ist damit v. a. der traditionelle Antisemitismus, mit dem wir seit Beginn unserer Forschungen zur NS-Geschichte konfrontiert waren, aber auch neue Formen des Antisemitismus wie sie in Teilen der migrantischen Gesellschaft und der neuen Rechten aber auch in Teilen der „bürgerlichen Mitte“ vertreten werden.

Beispiele für den traditionellen Antisemitismus in Neustadt: NS-Täter und ihre Sympathisanten behaupteten, den Neustädter Juden sei nichts passiert, sie seien emigriert und im Ausland reich geworden. Neonazis zerstörten in den 1980er Jahren Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof. Gegen die Gedenktafel, die Errichtung des Mahnmals oder das Verlegen von Stolpersteinen wurde hartnäckig Widerstand geleistet. Die Benennung von Straßen nach verfolgten jüdischen Neustädterinnen und Neustädtern war politisch im Ortsrat nicht durchzusetzen. Unvergessen der Spruch eines Neustädters: „Wer will denn schon im Judenviertel wohnen?“ Die Benennung der KGS in Ilse-Jacobsohn-Schule wurde ebenso verhindert wie die Benennung der Straße am neuen Rathaus in Ilse-Jacobsohn-Straße. Ilse Jacobsohn war eine jüdische Neustädterin, die mit 18 Jahren in Auschwitz ermordet wurde. Erinnert sei auch an die zweimalige Beschädigung des Schüler*nnen-Kunstobjektes gegen Rassismus und Antisemitismus in der Theresenstraße, das wegen Bauarbeiten zur Zeit eingelagert ist und hoffentlich bald am Rathaus wieder zu sehen sein wird.

Neustadt ist kein Einzelfall. Regelmäßig stattfindende Umfragen zum Stand des Antisemitismus in Deutschland ergeben immer ähnliche Resultate: Etwa 17 Prozent der deutschen Bevölkerung verfügen über ein geschlossenen antisemitisches Weltbild, weitere etwa 20 Prozent benutzen gelegentlich antisemitische Klischees. Doch der Antisemitismus ist nicht gleichmäßig in der Gesellschaft verteilt. Die Autoren der Leipziger „Autoritarismusstudie“ aus dem Jahr 2024 ermittelten, dass AFD-Wählerinnen und -Wähler fast allen Formen von Antisemitismus am deutlichsten zustimmten. Dabei können die heutigen Rechten nicht einfach alte Parolen der NSDAP übernehmen, denn dann bekämen sie Schwierigkeiten. Andere Begrifflichkeiten müssen her: Statt von „Rasse“ ist von „Identität“ die Rede, statt „Volksgemeinschaft“ heißt es „Ethnopluralismus“, statt „Deportation“ „Remigration“, nicht von Juden ist die Rede, sondern von „Globalisten“ und statt „Auschwitzlüge“ heißt es „überbordende Erinnerungspolitik“ oder „Schuldkult“. Gesellschaftliche Strukturen werden personalisiert, von nicht näher definierten dunklen Mächten ist die Rede, die im Hintergrund die Fäden ziehen. Es handelt sich bei den Rechten also nicht einfach um Vorurteile, sondern um grundlegende Erklärungsversuche unbegriffener ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen und Verwerfungen. Was folgt aus diesem schlichten Weltbild zwangsläufig?  Sündenbockpolitik. Schuld an allem, z. B. der Wohnungsmisere, von Arbeitsplatzverlusten, niedrigen Löhnen usw. sind zur Zeit v. a. Migranten. Systematisch wird Sozialneid und Hass geschürt. Das Lieblingsschlagwort der Rechten jeder Spielart lautet derzeitig: „Clankriminalität“ – ein juristisch nicht existierender Begriff, der einzig darauf abzielt, ganze migrantische Familien in Sippenhaft zu nehmen und Feindbilder zu konstruieren.

Auch zum Thema „Antisemitismus“ melden sich Rechte und Konservative in letzter Zeit zu Wort. Das verwundert ein wenig, fiel ihnen doch dazu in den letzten Jahrzehnten nicht allzuviel ein. Doch nun fiel ihnen was ein: In Heidenau

untersagten sie das Verlegen von Stolpersteinen; nichts soll mehr an die ehemaligen Wohnungen jüdischer Einwohner erinnern. Und was sagt der Bundeskanzler? Während einer Wahlkampfveranstaltung im September 2026, versuchte er den Begriff „Antisemitismus“ zu definieren. Dabei handle es sich, so Merz, um die „perfideste Form der Ausländerfeindlichkeit“. Juden, meint der Bundeskanzler also, seien Ausländer. Das impliziert: Sie sind anders als „wir“ und gehören eigentlich woanders hin. In der Sprache offenbart sich das praktische Bewusstsein, hier der reale Antisemitismus.

Es gibt aber auch noch andere Formen des Antisemitismus: Seit längerem ist zu beobachten, dass diverse politische Kräfte im Zuge weltweiter deutscher Militäreinsätze, den Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Osten systematisch verharmlosen. Die jeweiligen militärischen Gegner werden mit den Nazis oder Adolf Hitler gleichgesetzt und es wird behauptet, der Krieg beispielsweise Russlands gegen die Ukraine sei ein Vernichtungskrieg. Was war denn Besonderes an Hitler, fragt man sich dann zwangsläufig, wenn doch fast alle einen hatten? Und was das Besondere am Vernichtungskrieg? Entweder wissen sie nicht wovon sie reden oder sie wissen es sehr wohl und wollen den Vernichtungskrieg der Nazis kleinreden, dem allein in der Sowjetunion 27 Millionen Menschen, überwiegend Zivilistinnen und Zivilisten, zum Opfer fielen – Slawen und Juden. Es handelt sich also gleichzeitig um eine Verharmlosung des Holocaust.

Dazu passend: Deutsche Politiker und Militärs haben – anders als die polnische Regierung – es nicht für nötig gehalten, gegen die in der Ukraine übliche Heldenverehrung für Juden- und Polenmörder zu protestieren, die mit den Nazis kollaborierten. Die zahlreichen grauenhaften Berichte von Holocaustüberlebenden über die Brutalität der ukrainischen Hilfskräfte der Deutschen im Zweiten Weltkrieg werden hierzulande ignoriert.

Aber von Antisemitismus ist überall die Rede und die Rechten suggerieren, der sei erst durch die Migranten nach Deutschland gekommen. Kompliziert wird die Situation auch deshalb, weil es keine einheitliche Definition des Begriffs gib. Die kürzeste gab Theodor W. Adorno bereits 1951: „Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden." Dann gibt es die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), auf die sich vor allem diverse staatliche Stellen berufen, die aber unklare Formulierungen enthält, die immer wieder zu Irritationen führten, insbesondere was die Abgrenzung zwischen Antisemitismus und berechtigter Kritik an der Politik der israelischen Regierung betrifft. In Deutschland hat das inzwischen zu der grotesken Situation geführt, dass Jüdinnen und Juden, z. T. Nachfahren von Holocaustüberlebenden, die die Politik der israelischen Regierung kritisieren, von Nachfahren deutscher Täter als Antisemiten abgestempelt werden.

Daneben gibt es die „Jerusalem Deklaration", die von mehr als 400 Historiker*innen unterstützt wird, die klarer die Abgrenzung zwischen Antisemitismus und berechtigter Kritik an der Politik israelischer Regierungen ermöglicht.

Man sollte auch hierzulande endlich zur Kenntnis nehmen, dass das jüdische Leben wirtschaftlich, sozial, politisch, kulturell so vielfältig ist, wie das Leben aller Menschen. Und man sollte nicht alles in einen Topf werfen. Juden sind nicht zwangsläufig Zionisten, Zionisten nicht zwangsläufig Juden. Sowohl orthodoxe jüdische Gemeinden als auch wesentliche Teile der linken jüdischen Arbeiterbewegung haben sich seit Ende des 19. Jahrhunderts immer gegen den Zionismus positioniert und tun es bis heute. Hannah Arendt und Albert Einstein kritisierten 1948 vehement rechte Zionisten. Und nicht alle Juden wollen in Israel leben und nicht alle Israelis sind Juden.

In einer öffentlichen Erklärung haben sich 150 in Berlin lebende Jüdinnen und Juden gegen eine, wie sei schreiben „zynische politische Instrumentalisierung“ des Antisemitismus-Vorwurfes im Berliner Wahlkampf gewandt, der darauf abziele, „beinahe jede Kritik an der israelischen Politik mit Antisemitismus“ gleichzusetzen. Weiter heißt es: „Wer soziale Missstände ignoriert, überlässt das Feld denen, die immer als erstes nach Sündenböcken suchen.“ Und über die Sicherheit der Jüdinnen und Juden schreiben sie: „Nehmen Sie unserer Sicherheit als das, was sie ist – eine rote Linie, kein zynischer Spielball für Propaganda. Und nehmen Sie unsere sozialen Nöte ebenso ernst, wie die aller anderen Berlinerinnen und Berliner.“

Kurz: Antisemitismus wird es so lange geben, wie Jüdinnen und Juden nicht gleich behandelt werden. Deshalb ist als zentrale Lehre aus der NS-Diktatur auf dem Sockel des Neustädter Holocaust-Mahnmals Artikel 1 des Grundgesetzes zitiert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das heißt: der Gattung Mensch und damit jedes einzelnen Menschen – egal welcher Herkunft, Religion, Weltanschauung, Haar- oder Hautfarbe – hier in Neustadt und überall.